



## Bulletin

### **Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 25. August 2025 (Vormittag)**

Beatrice Derrer (SVP, Hüttikon) hat das Amtsgelübde als Kantonsrätin abgelegt und ist damit als neues Ratsmitglied in den Kantonsrat eingetreten (KR-Nr. 246/2025). Die 53-jährige Treuhänderin ersetzt Altkantonsratspräsident Jürg Sulser.

Der Kantonsrat hat Beatrice Derrer (SVP, Hüttikon) als Mitglied der KSSG gewählt ([KR-Nr. 190/2025](#)). Sie ersetzt Christian Pfaller.

Der Kantonsrat hat Sabine Arnold (Grüne, Zürich) als Mitglied der KJS gewählt ([KR-Nr. 218/2025](#)). Sie ersetzt Silvia Rigoni.

Der Kantonsrat hat einer Änderung der Verordnung über die Organisation und Verwaltung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ-Verordnung) diskussionslos zugestimmt ([6011](#)). Die Änderung erfolgt aufgrund der vom Kantonsrat am 25. Oktober 2021 beschlossenen Änderung des Gesetzes betreffend die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich zur Neuordnung der Organisation. Es geht unter anderem um neue Bezeichnungen für die Organe der EKZ.

Der Kantonsrat hat das Postulat von SVP, SP, Mitte und EVP betreffend «Inland vor Ausland beim Ausbau von erneuerbaren Energienerzeugungsanlagen» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 238/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, Massnahmen zu ergreifen, damit die stromproduzierenden Unternehmen mit kantonaler Beteiligung Investitionen in erneuerbare Energie primär im Inland statt im Ausland tätigen.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Kanton soll möglichst klimaneutral bauen» von GLP, Grünen und SP als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 271/2020](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, kantonale Hochbauprojekte über den gesamten Lebenszyklus möglichst klimaneutral zu realisieren.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Nutzung von Holz als nachhaltiges Baumaterial» der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 33/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, zu prüfen, wie künftige kantonale Bauten, wenn immer möglich, in Holz ausgeführt werden können.

Der Kantonsrat hat in erster Lesung verschiedenen Änderungen des Planungs- und Baugesetzes (PBG) betreffend «Justierungen» beraten und über zahlreiche Kommissions- und Minderheitsanträge abgestimmt ([5889](#)). Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

### **Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 25. August 2025 (Nachmittag)**

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 85 zu 81 Stimmen den Erlassentwurf zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative (PI) von SP-Kantonsrat Jonas Erni betreffend «Keine Kostenbeteiligung für Gemeinden bei Uferwegen» abgelehnt ([KR-Nr. 196/2019](#)). Die PI ist damit vom Tisch. In der ersten Lesung war der Kantonsrat dem Antrag der

vorberatenden Kommission gefolgt, mit dem die Kostenbeteiligung von Standortgemeinden beim Bau von Uferwegen hätte aufgehoben werden sollen.

Der Kantonsrat hat in erster Lesung den Erlass des Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetzes beraten und über zahlreiche Kommissions- und Minderheitsanträge abgestimmt ([5908](#)). Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Fussgänger- und velofreundliche Lichtsignalsteuerung» von SP, GLP und Grüne als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 281/2021](#)). Ein Minderheitsantrag, dies mit einer anderslautenden Stellungnahme zu tun, wurde mit 105 zu 61 Stimmen abgelehnt. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, bei Lichtsignalanlagen die Grünphasen für den Fuss- und Veloverkehr bedarfsgerechter zu steuern.

Der Kantonsrat hat mit 87 zu 84 Stimmen das Postulat betreffend «Kantonale Strategie zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit» von SP, GLP, Grünen und AL abgelehnt, mit dem der Regierungsrat hätte gebeten werden sollen, eine Strategie zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit zu erstellen ([KR-Nr. 339/2023](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «MIV und ÖV verbinden durch Finanzierung von Parkieranlagen» von SVP, FDP und Mitte mit 107 zu 61 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 386/2023](#)). Mit dem Vorstoss werden Massnahmen verlangt zur Förderung von Park+Ride-Parkplätzen im Bestreben, eine möglichst nahtlose Verbindung der verschiedenen Verkehrsträger zu gewährleisten.

*(nic.)*